



## Beschluss des Stadtrats

vom 17. Januar 2024

GR Nr. 2023/496

### Nr. 94/2024

#### **Schriftliche Anfrage von Snezana Blickenstorfer und Ronny Siev betreffend Überfall der Hamas auf Israel und Häufung antisemitischer Vorfälle in Zürich, städtische Unterstützung für palästinensische Organisationen, Ausschluss von Terrororganisationen bei den Unterstützungsleistungen, Hilfe für die zivilen Opfer des Terrorangriffs und Massnahmen zur Gewährleistung des Sicherheitsgefühls der jüdischen Bevölkerung und der jüdischen Institutionen**

Am 25. Oktober 2023 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Snezana Blickenstorfer und Ronny Siev (beide GLP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2023/496, ein:

Der 7. Oktober 2023 wird sich für immer als schwarzer Tag in unser Gedächtnis brennen. 1400 Zivilpersonen wurden von der Hamas getötet, weil sie Juden sind. Über 200 Personen wurden entführt, mit bis heute ungewissem Schicksal. Es handelt sich um das grösste antisemitische Programm seit dem 2. Weltkrieg.

Die Ereignisse haben Auswirkungen bis in die Schweiz.

Zum einen zeigen die Untersuchungen der Bundesanwaltschaft, dass befürchtet werden muss, dass Gelder aus der Schweiz in die Terrorfinanzierung geflossen sind (Terrorfinanzierung – Geld für Hamas: Bundesanwaltschaft eröffnet Strafverfahren – News – SRF). Und es steht fest, dass Gelder des Bundes an Organisationen geflossen sind, die den Hamas-Terror feiern (<https://www.tagesanzeiger.ch/hamas-angriff-palaestineser-hetzen-gegen-israel-und-kassieren-geld-von-der-schweiz-809711377334>).

Zum anderen häufen sich antisemitische Vorfälle auch in Zürich. Ein beträchtlicher Teil unserer jüdischen Bevölkerung fühlt sich in seiner Sicherheit beeinträchtigt. Verschiedene Sicherheitsmassnahmen mussten verstärkt werden. Viele halten es für ein Sicherheitsrisiko, ihr Jüdischsein in der Öffentlichkeit zu zeigen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Unterstützt die Stadt Zürich palästinensische Organisationen, die im Gazastreifen aktiv sind, materiell oder ideell? Um welche Organisationen und um welche Form der Unterstützung in qualitativer und quantitativer Hinsicht handelt es sich (tabellarische Übersicht für den Zeitraum 2007 bis 2023).
2. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass keine Terrororganisationen von dieser Unterstützung direkt oder indirekt profitieren?
3. Sieht der Stadtrat Unterstützungsleistungen für die zivilen Opfer des durch die Hamas verübten Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023 vor?
4. Welche Massnahmen ergreift die Stadt Zürich, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der jüdischen Bewohner:innen und Besucher:innen und der jüdischen Institutionen in Zürich zu gewährleisten?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Stadtrat verurteilt den abscheulichen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 aufs Schärfste. Dies hat er auch in seiner Medienmitteilung vom 25. Oktober 2023 ([Medienmitteilung vom 25.10.2023](#)) zum Ausdruck gebracht. Sein Mitgefühl gilt den Opfern dieses terroristischen Aktes und deren Angehörigen sowie all den Menschen, die in Trauer und Sorge sind über das ungewisse Schicksal der sich in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln. Das



2/3

Mitgefühl des Stadtrats gilt auch der Zivilbevölkerung in Gaza, deren Leben infolge des nun seit Wochen andauernden Krieges von Angst und Leid geprägt ist. Der Stadtrat fordert alle Akteure zum Schutz der Zivilbevölkerung auf und hofft auf ein baldiges Ende der Gewalt.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

**Frage 1**

**Unterstützt die Stadt Zürich palästinensische Organisationen, die im Gazastreifen aktiv sind, materiell oder ideell? Um welche Organisationen und um welche Form der Unterstützung in qualitativer und quantitativer Hinsicht handelt es sich (tabellarische Übersicht für den Zeitraum 2007 bis 2023).**

Als Grundlage für die Ausrichtung von städtischen Beiträgen dienen die Verordnung über die humanitäre Hilfe im In- und Ausland (AS 857.100) sowie das Reglement über die internationale Zusammenarbeit (RIZA, AS 856.130). In der Regel werden Beiträge ausschliesslich an Schweizer Organisationen ausgerichtet, die über eine langjährige Erfahrung und spezialisiertes Wissen in der internationalen Zusammenarbeit im Ausland verfügen.

Beitragsberechtigt sind zudem grundsätzlich nur Organisationen, die über ein ZEWO-Zertifikat verfügen und im Schweizerischen Handelsregister eingetragen sind. Die ZEWO-Standards beinhalten unter anderem ethische Aspekte. Sie verlangen neben einer guten Führung und Organisation der Nichtregierungsorganisationen (NGO) den adäquaten Einsatz der vorhandenen finanziellen Mittel und angemessene Kontrollen. Die ZEWO-Standards schaffen ausserdem Transparenz. NGO müssen öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen, ihre Finanzen ausweisen und Interessenbindungen offenlegen. Weiter regeln die ZEWO-Standards die verantwortungsbewusste Zusammenarbeit in Netzwerken. Dazu gehört unter anderem Standard 17 (Internationale Netzwerke), der besagt, dass die NGO sicherstellen muss, dass auch die übrigen dem internationalen Netzwerk (also z. B. den lokalen Partnerinnen und Partnern) überwiesenen Mittel zweckbestimmt verwendet werden. Zudem werden die unterstützten Schweizer NGO regelmässig extern auditiert.

Die Beiträge der Stadt betreffend Internationaler Zusammenarbeit (IZA) zugunsten der palästinensischen Bevölkerung stehen im Einklang mit dem Schweizerischen Engagement im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes (DEZA) ist im Rahmen der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (IZA) des Bundes seit Jahrzehnten in den besetzten Palästinensischen Gebieten tätig und setzt sich nicht nur für die Deckung humanitärer Bedürfnisse ein, sondern unterstützt auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bevölkerung vor Ort.

Die Stadt hat im Rahmen dieser Vorgaben in den vergangenen Jahren mehrere Projekte zugunsten der palästinensischen Bevölkerung unterstützt, unter anderem im Gaza-Streifen und im Westjordanland (siehe dazu die Übersichtstabelle in der Beilage). Dabei haben die von Zürich unterstützten Schweizer NGO mit lokalen Partnerorganisationen zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen ist bei allen Projekten von NGO sowohl in der humanitären Hilfe als auch in der internationalen Zusammenarbeit üblich und notwendig.



3/3

## **Fragen 2**

**Wie stellt der Stadtrat sicher, dass keine Terrororganisationen von dieser Unterstützung direkt oder indirekt profitieren?**

Die Stadt unterstützt in der Regel ausschliesslich spezialisierte Schweizer Organisationen mit einem nachgewiesenen Leistungsausweis im Bereich der humanitären Hilfe und/oder der Entwicklungszusammenarbeit. ZEWO-zertifizierte NGO sind verpflichtet, ihre Projekte regelmässig einer externen, unabhängigen Überprüfung zu unterziehen. Damit wird gewährleistet, dass Unregelmässigkeiten frühzeitig erkannt werden können. Gleichzeitig gewährleistet die externe Überprüfung, dass die Gelder zweckbestimmt verwendet werden. Siehe dazu auch die Antwort auf Frage 1.

## **Frage 3**

**Sieht der Stadtrat Unterstützungsleistungen für die zivilen Opfer des durch die Hamas verübten Terrorangriffes vom 7. Oktober 2023 vor?**

Der Stadtrat hat in seiner Medienmitteilung vom 25. Oktober 2023 unter anderem darüber informiert, dass er einen finanziellen Beitrag für humanitäre Hilfe vor Ort leisten möchte und dafür entsprechende Gesuche etablierter, spezialisierter Hilfsorganisationen entgegennimmt.

## **Frage 4**

**Welche Massnahmen ergreift die Stadt Zürich, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der jüdischen Bewohner:Innen und Besucher:Innen und der jüdischen Institutionen in Zürich zu gewährleisten?**

Die Stadtpolizei pflegt seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen. Diese Basis erlaubt es, in einer Krisensituation schnelle, wirksame und mit den jüdischen Organisationen abgestimmte Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen. Diese Massnahmen können sichtbarer Natur sein, wie dies bei der verstärkten polizeilichen Präsenz der Fall ist. Um die Wirksamkeit von anderen Massnahmen nicht zu gefährden, sieht der Stadtrat von deren näheren Beschreibung ab. Die Stadtpolizei steht darüber hinaus in einem permanenten Austausch mit den weiteren Behörden im Sicherheitsverbund, um auch übergeordnete Lageveränderungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können. Neben der spürbaren Verunsicherung und auch Angst innerhalb der jüdischen Gemeinschaft erreichen die Stadtpolizei auch positive Rückmeldungen in Bezug auf ein gestärktes subjektives Sicherheitsempfinden durch die vollzogenen polizeilichen Massnahmen.

Der Stadtrat begrüsst zudem ausdrücklich das im Rahmen der Budgetdebatte überwiesene Postulat GR Nr. 2023/565 zur Verstärkung der bisherigen Bestrebungen zur Bekämpfung von Antisemitismus. Er nimmt den Prüfauftrag zur Schaffung einer Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden und deren Dachverbänden an die Hand.

Im Namen des Stadtrats  
Die Stadtschreiberin  
Dr. Claudia Cuche-Curti